

Bremen, 12. Juni 2018

Dienstaufsichtsbeschwerde und Denunzianten-Portal: AfD versucht, ihr missliebige Lehrer zum Schweigen zu bringen

Nachdem er sich mit seinen Schülern im Rahmen des Unterrichts mit einer Presseerklärung des AfD-Lokalpolitikers Marvin Mergard beschäftigt hat, sieht sich ein Lehrer aus Bremen-Nord nun mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde des betreffenden AfD-Vertreters konfrontiert. Er habe angeblich gegen das Neutralitätsgebot verstoßen, beklagen sich die Rechtspopulisten.

„Die AfD unternimmt hier den durchsichtigen Versuch, ihr missliebige Inhalte mittels Dienstaufsichtsbeschwerde aus dem Unterricht zu entfernen. Ein derartiges Vorgehen ist nicht nur ein Angriff auf die politische Bildung und die betroffenen Lehrkräfte sondern auch auf unsere demokratische Grundordnung“, erklärt dazu der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör. Es sei, im Gegenteil, vielmehr die Aufgabe von Schulen und Lehrkräften, sich im Politikunterricht kritisch mit politischen Inhalten von Parteien auseinanderzusetzen. „Dazu gehören leider eben auch die rechtspopulistischen und ausländerfeindlichen Positionen der AfD“, so Güngör.

Dass die rechtspopulistische Partei nun zudem eine „Denunziationsstelle“ ins Gespräch bringe, auf der unter anderem der AfD nicht passende Lehrkräfte gemeldet werden sollen, mache vor allem eines deutlich, so Güngör: „Denunziantentum, Hetze und Sanktionen gegen Andersdenkende – das ist das wahre Gesicht der AfD.“

Die SPD-Fraktion will dieses Thema jetzt zunächst in der Fragestunde auf die Tagesordnung des Parlaments setzen. „Wir wollen unter anderem wissen, ob und wie Lehrkräften in derartigen Auseinandersetzungen Rechtsschutz gewährt wird. Darüber hinaus wollen wir sicherstellen, dass – sollte die AfD mit ihrem Anschwärz-Portal Ernst machen – umgehend rechtlich dagegen vorgegangen wird. Damit werden wir die Rechtspopulisten nicht durchkommen lassen!“, so Güngör abschließend.